

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zentraldruckerei Maximalien-Verlag
Vertriebsstellen: Dresden, Leipzig, Chemnitz, etc.

Verlagsstelle bei 100% streifenloser Schaltung monatlich 1.30 Mk. (einschl. d. 10 Wp. für Erzeugnisse), durch Postweg 1.30 Mk. (einschl. d. 10 Wp. für Erzeugnisse) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Wp., außerhalb Sachsen 15 Wp. Einzelnummer: Die halbjährliche 30 mm breite Seite 35 Wp., für außerhalb 40 Wp., die 90 mm breite Seitenzahl 100 Wp., außerhalb 150 Wp., abh. Artveränderung 10 Wp., für Umänderungen und Nachdrucke ohne Nachzahlung 15 Wp., außerhalb 20 Wp. Offizialdruck 30 Wp. Nachdrucke Kulturblätter gegen Voranmeldung.

Verlag v. Verlagsgesellschaft & Reichardt, Dresden, Waldstr. 10. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung (Dresden, Halle) zulässig. Unterdrückung Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Zwei Notverordnungen vor Weihnachten

Errorverordnung und Sondergerichte fallen weg

Berlin, 12. Dez. Wie die Telegraphen-Union erklärt, wird die Reichsregierung voraussichtlich noch vor Weihnachten zwei Notverordnungen erlassen, und zwar die eine zur Ergänzung des Sozialprogramms, nachdem die sozialpolitische Ermächtigung an die Reichsregierung vom Reichstag abgelehnt worden ist. Zweitens werden voraussichtlich die Errorverordnung und die Sondergerichte sowie die Notverordnung gegen Rundschreibungen in der Presse aufgehoben werden.

Die Verbindung sei also nicht abgebrochen. Man habe sich die Möglichkeiten eines Zusammenwirkens durchaus offen gehalten. Treffen diese Angaben zu, so würde das bedeuten, daß man beim Zusammentreten des Preussischen Landtages im Januar erneut der Frage naher tritt, ob ein Nationalsozialist preussischer Ministerpräsident wird, was allerdings immerhin zur Voraussetzung hätte, daß sich die Haltung der NSDAP gegenüber dem Kabinett v. Schleicher bis dahin ändert. Die weit beratigere Einwirkung zur politischen Wirklichkeit werden, bleibt abzuwarten.

Göring und Kerl beim Reichspräsidenten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 12. Dez. Ueber die Unterredung Görings und Kerls beim Reichspräsidenten werden entsprechend einem von beiden Seiten geäußerten Wunsch keine näheren Mitteilungen gemacht. Trotzdem glaubt man, besonders in linksstehenden politischen Kreisen, annehmen zu können,

daß sich die Besprechung mit den Möglichkeiten einer Wahl Görings zum preussischen Ministerpräsidenten beschäftigt habe.

wobei es für die Nationalsozialisten insbesondere darauf angekommen sei, in Erfahrung zu bringen, ob der Reichspräsident bei einer Wahl Görings zum preussischen Ministerpräsidenten die Notverordnung vom 20. Juli ausheben würde. Durch diese Notverordnung ist, wie man weiß, der Reichskommissar für Preußen eingesetzt worden. Ueber die Antwort Hindenburgs glaubt man zu wissen, daß der Reichspräsident sich erneut gegen eine Zweiteilung der Gewalt in Reich und Preußen ausgesprochen habe. Er soll erklärt haben, daß er an eine Zurückziehung der Notverordnung vom 20. Juli erst denken könne, wenn in Preußen Zustände geschaffen seien, die die Wiederkehr des früheren Zustandes verhindern. Diese Meinung des Reichspräsidenten legt man dahin aus, daß der Reichspräsident also gegen eine Wahl Görings zum preussischen Ministerpräsidenten nichts einzuwenden hätte und daß er diese Wahl durch die Zurückziehung seiner Notverordnung sanktionieren würde.

wenn Göring sich bereitfände, in das Kabinett Schleicher als Vizekanzler einzutreten.

um so die Veronalunion zwischen Reich und Preußenregierung zu wahren. Ein solcher Schritt, nämlich den Ministerpräsidenten in das Kabinett Schleicher zu delegieren und dieses dann zu tolerieren, dürfte aber für die NSDAP, infolge ihrer Stellungnahme gegenüber dem Kabinett Schleicher außerordentlich schwer sein. Man ist daher in politischen Kreisen der Meinung, daß die Aussprache des nationalsozialistischen Parlamentspräsidenten mit dem Reichspräsidenten negativ verlaufen ist.

Nach Informationen von anderer Seite hat die Unterredung nicht verlaufen.

Der Reichspräsident habe sogar die beiden nationalsozialistischen Parlamentspräsidenten auszufordern, sich wegen der Preußenfrage mit dem Reichskanzler v. Schleicher in Fühlung zu halten.

Kabinettsrat am Mittwoch

Berlin, 12. Dez. Nach Rückkehr des Reichsaußenministers Freiherrn v. Neurath wird das neue Reichskabinett voraussichtlich am Mittwoch zu einer Sitzung zusammenzutreten, in der die gesamten außen- und innenpolitischen Probleme zur Erörterung kommen werden. In der Kabinettsitzung wird u. a. das Programm besprochen werden, das der Reichskanzler v. Schleicher am Donnerstag durch den Rundfunk bekanntgeben wird. Einen wichtigen Punkt der Kabinettsitzung werden die Pläne bilden, die mit der Arbeitsbeschaffung im Zusammenhang stehen. Aus den Mitteln der Steuererlöse sind rund 600 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Dazu kommen noch 300 Millionen, die aus dem bereits bewilligten Arbeitsbeschaffungsprogramm des Kabinetts von Papen noch nicht ausbezahlt sind, so daß vorerst

für die Arbeitsbeschaffung rund eine Milliarde

Mark zur Verfügung stehen. Es wird von den Entscheidung des Kabinetts abhängen, inwieweit über den Betrag noch hinausgegangen werden soll. Die Aufgabe des neuen Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, Dr. Grottel, wird vor allem darin gesehen, entsprechende Anordnungen über auszuführende Arbeiten an das Kabinett heranzubringen. Das Dr. Grottel noch mit der Leitung weiterer Reichskommissariate betraut wird, hält man in den politischen Kreisen für nicht sehr wahrscheinlich.

Am Montag empfing der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung den Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Salkreuth, sowie mehrere Herren des Reichslandbundes und besprach mit ihnen die Frage der Arbeitsbeschaffung im Zusammenhang mit der Frage der Landwirtschaft. Am Nachmittag waren Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen bei dem Reichskommissar zu einer Aussprache über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Wünsche der Gewerkschaften. Dabei wurde von allen Vertretern der verschiedenen Organisationen die Wichtigkeit der beschlossenen Durchführung eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms zu normalem Lohn unterstrichen.

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers von Schleicher findet am Donnerstag von 7.30 bis 8 Uhr abends statt. Der Kanzler wird sich über alle wesentlichen Grundzüge des Programms seiner Regierung verbreiten. Am Donnerstag findet außerdem noch die Reichsratsitzung statt, in der die vom Reichstag beschlossene Annahme behandelt werden soll. Wie bereits früher gemeldet, herrscht in politischen Kreisen die Meinung vor, daß der Reichsrat diese Vorlage nicht passieren lassen wird.

Mordanschlag auf Kaiser Wilhelm geplant?

Amsterdam, 12. Dez. Am Montagmorgen ereignete sich im Hause Doorn ein aufsehenerregender Zwischenfall. Ein Unbekannter war über die Gartenmauer geklettert und hatte sich Einmans in das Schloss verbarrikadiert. Als er von einem Diener in einem neben dem Arbeitszimmer des Kaisers gelegenen Turmzimmer entdeckt wurde, versuchte er zu flüchten, wurde aber überwältigt und der im Schloss befindlichen Polizeiwache übergeben. Bei einer Durchsichtung des Mannes fand man ein langes Dolchmesser sowie eine Pistole. Offensichtlich hatte der Mann, bei dem es sich um einen deutschen Staatsangehörigen handelt, die Absicht, einen Anschlag auf den Kaiser zu verüben. Die Dienerschaft des Schlosses will den Unbekannten schon seit einigen Tagen in der Umgebung des Schlosses beobachtet haben; er scheint eine ähnliche Gelegenheit abgewartet zu haben, um seinen Plan auszuführen. Er verweigert hartnäckig Auskunft über seine Personallisten sowie über den Zweck seines unglücklichen Treibens.

durch starke Gegenwinde behindert worden. Er koste in einem Flug ohne Zwischenlandung die Stadt Medan im Nordwesten der Insel Sumatra erreichen zu können.

Amundsens Hütte gefunden

Oslo, 12. Dez. Ein Funkpruch vom Kap Tscheljuskin in Nordibirien von der russischen bei Raubhörn überwinternden Expedition meldet, daß man Amundsens Hütte von der Wand-Expedition gefunden hat. Die Hütte ist 16 Quadratmeter groß, aus Stein gebaut, mit einem Holzdach und Seegras darüber gedeckt. Ferner hat man ein Lagerbuch gefunden, das von April bis Juni 1919 reicht und von einem der Expeditionsteilnehmer, Tessen, angelegt wurde. Außerdem hat man noch ein normanisches Kanaboat und Konkreten gefunden. Tessen ist zusammen mit Knudsen auf der Expedition angekommen, als sie nach der Telegraphenstation am Fluss Jenissei unterwegs waren. Man hat auch die Leiche von Tessen gefunden.

Die Wand-Expedition war 1918 von Amundsen von den nordibirischen Inseln aus unternommen worden mit dem Ziel, mit dem Polarstrom über den Nordpol zu treiben. Nach drei Jahren mußte jedoch der Verlust aufgegeben werden. Die Streifung verlief anders, als man vorausgesetzt hatte.

EW-Mann auf der Landstraße tot aufgefunden

Regina, 12. Dez. In der Nähe der Ortschaft Edelsdorf wurde Montag früh ein EW-Mann in Uniform auf der Landstraße als Leiche aufgefunden. In der Nähe lag ein Revolver. Die Leiche hatte eine Schußwunde in der Schläfe. Die Polizei untersucht, ob der EW-Mann, der aus Eberstadt stammt, das Opfer eines Verbrechens geworden ist oder ob er Selbstmord verübt hat.

Die Genfer Formel

Ueber Sonntag hat sich in Genf das Weltbild verschoben. Zwei Ereignisse haben ihm ein neues Gepräge gegeben: die theoretische Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in Wehr- und Rüstungsfragen durch die Versailler Mächte einschließlich Frankreichs und die sofortige Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz. Beide Tatsachen wirken um so gewaltiger, als sie nach dem wenig aussichtsreichen Verlauf der Genfer Verhandlungen in der vergangenen Woche für die Öffentlichkeit unermutet und überraschend gekommen sind. Die Weltmeinung stellt die Rückkehr des Reiches nach Genf in den Vordergrund und jubiliert darüber, daß es den vier großen Elefanten, Amerika, England, Italien und Frankreich, endlich gelungen ist, den deutschen Audecker wieder in den gemeinsamen Kreis zurückzuführen. Daraus können wir erkennen, wie unendlich die deutsche Mitarbeit für die Befriedung der Welt geworden ist, andererseits aber auch, wie hart die Waffe war, die Deutschland mit dem Streikabbruch in Genf aus der Hand gegeben hat. Dieser Streik war jedoch kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Herbeiführung günstiger Arbeitsbedingungen auf der Abrüstungskonferenz. Unsere Prüfung der Genfer Formel muß deshalb von der Frage ausgehen, ob sie uns die Verwirklichung der effektiven Gleichberechtigung gewährleistet, wegen deren Verbesserung wir Genf vor einem halben Jahre verlassen haben und ohne deren Zustandekunft wir nicht zurückkehren wollten.

Das Wesen jeder diplomatischen Formel ist es, daß sie nicht klar und genau wie ein juristischer Vertrag den Tatbestand ausdrückt, sondern durch Bindungen einer Weltweit von Auffassungen Rechnung trägt und für verschiedene Auslegungen Raum läßt. Auch die Genfer Gleichberechtigungsformel macht davon keine Ausnahme. Immerhin kann man ohne lokale Gewaltanwendung die Anerkennung der von Deutschland seit jeher in der Gleichberechtigungsfrage vertretenen These herauslesen, und man kann überdies sicher sein, daß der Reichskanzler und General v. Schleicher, der Weabereiter und langjährige Vorkämpfer dieser Politik, seine Zustimmung nicht gegeben hätte, wenn er nicht überzeugt wäre, daß Deutschlands Befreiung von den Wehrkesseln auf der Grundlage dieses Abkommens nicht nur auf dem Papier, sondern in der Tat erreicht werden kann. Trotzdem sind wir nicht geneigt, das Ergebnis von vornherein als einen großen Erfolg zu feiern, weil verschiedene diplomatische und juristische Schwächen im Verlauf der Einigungsformel zur Vorsicht und zum Nichtzutrauen mahnen. Wir fürchten die neuzeitlichen Denker in Paris auch dann, wenn sie Geschenke bringen. Und trübe Erfahrungen haben uns gelehrt, einen ihnen abgerungenen „Erfolg“ nicht unbedenken zu bejubeln, sondern erst einmal nach den Fußangeln zu suchen, die darin gelegt sein könnten.

Am besten sucht man in solchen Fällen immer in der Pariser Presse durch Schlussfolgerungen aus der Aufnahme, die sie dem Wert ihrer Staatsmänner bereitet. Das Kennzeichen ist diesmal Zustimmung in der Regierungspresse, also links und in der Mitte, und betonte Opposition der Reichsblätter, besonders derjenigen, die zum militärischen Frankreich Beziehungen haben. In der Tat ist auch ohne weiteres auszugeben und anzuerkennen, daß in der Haltung Herrlots ein gewaltiger Umschwung eingetreten ist seit den Tagen Briand und Tardieu, und auch seit den Anfängen seiner eigenen Ministerpräsidentschaft, in denen es die Noten des Dual d'Orsay überhaupt ablehnten, über die deutsche Gleichberechtigung auch nur zu diskutieren. Noch in den letzten Vorschlägen war die Grenze des französischen Entgegenkommens so gezogen, daß die deutsche Gleichberechtigung nicht ein für die Abrüstungskonferenz bereits geltender Grundlag sein sollte, sondern ein Ziel, das sie in Klappen und Raa um Raa mit den französischen Sicherheitsansprüchen verwirklichen müßte. Diesen Standpunkt hat Herrlot mit der Annahme der Genfer Formel verlassen und damit zum ersten Male den Versuch staatsmännischen Handelns im Gegensatz zu seiner öffentlichen Meinung gemacht. Man muß nun erst sehen, wie ihm diese Neigung zur Selbstständigkeit in der Rommer bekommt; denn ganz gleich, welche Beweggründe für seine Schwenkung ausschlaggebend waren, ob die Furcht vor Isolierung oder die Rücksicht auf Amerika wegen der Schuldverhandlungen mitbestimmend war oder nicht — außerlich stellt die französische Zustimmung zur Genfer Formel einen Rückschlag dar. In dieser Beurteilung finden wir uns ausnahmsweise in Übereinstimmung mit dem „Echo de Paris“, dem Blatt des französischen Generalstabs, wenn es feststellt, die Bewilligung der Gleichberechtigung für Deutschland sei einer der Grundzüge der Konferenz geworden. Grundlag aber sollte Anfang, Ausgangspunkt. Dagegen sei die Sicherheit nur noch eine sehr zweideutige Definition, ein Ziel, ein Punkt. Diesen Preis habe die Berliner Regierung gefordert und erhalten. Diese Auslegung gibt wir umwenden zu, daß die deutsche Gleichberechtigung von der französischen Regierung theoretisch anerkannt worden ist. Ein weiterer Vorteil für Deutschland liegt in dem Zustandekunft, daß dieser Grundlag auch im endgültigen Abkommen „verfügt“ werden muß, daß heißt, daß dieses an die Stelle des Artikel V der Versailler Vertrags tritt.

Table with financial data, including columns for 'Aktien', 'Kurs', and 'Werte'. Includes a section for 'Analen tze' and 'Schluss'.